

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 60 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Carmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Mit 1. Mai

beginnt ein neues Abonnement auf die
„Laibacher Zeitung“
nebst
„Blätter aus Krain.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. Mai bis Ende Juni 1865:

Im Comptoir offen	1 fl. 84 kr.
Im Comptoir unter Couvert	2 " — "
Für Laibach in's Haus zugestellt	2 " — "
Mit Post unter Kreuzband	2 " 50 "

Vom 1. Mai bis Ende Dezember 1865:

Im Comptoir offen	7 fl. 34 kr.
Im Comptoir unter Couvert	8 " — "
Für Laibach in's Haus zugestellt	8 " — "
Mit Post unter Kreuzband	10 " — "

Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg.

Amtlicher Theil.

Der Staatsminister hat eine am Gymnasium zu Görz erledigte Lehrerstelle dem Gymnasiallehrer zu Warasdin Matthäus Lajar verliehen.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:
Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

VI. Stück. Jahrgang 1865.

Inhalts-Übersicht:

7.
Erlaß der k. k. Landesbehörde für Krain vom 15. April 1865, Z. 4069,
womit eine Bestimmung in Betreff der Entlassung von Militär-Unterparteien aus dem Heere, auf Grund des §. 42 des Heeresergänzungs-Gesetzes, verkündet wird.
Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.
Laibach am 27. April 1865.

Nichtamtlicher Theil.

In der Zeit vom 15. April l. J. bis zum heutigen Tage sind beim k. k. Landes-Präsidium für die Nothleidenden Inner-Krain von den nachbenannten Gebern, denen hiemit der Dank ausgedrückt wird, nachstehende Spenden erlegt worden:

1. Durch das k. k. Bezirksamt Neustadt:	fl.	kr.
a) Vom Pfarramte Aindö	fl.	— 50
b) Vom Gemeinde-Vorstande von Oberfeld der Sammlungsbeitrag von	"	1.—
c) Vom Gemeinde-Vorstande von Stopitsch der Sammlungsbeitrag mit	"	4.71½
d) Vom Gemeinde-Vorstande von Seitendorf das Sammlungsgegebniß mit	"	10.23

e) Vom Herrn Paul Waurau in St. Kanzian bei Gutenwerth	"	2.—
f) Von der Gemeinde St. Michael	"	3.—
Zusammen	21	44½
2. Von Sr. Durchlaucht dem Herrn Reichsfürsten Werand zu Windisch-Grätz	100	—
3. Von einem Ungenannten aus Telsch 2 Rubelscheine.		
4. Durch die Redaktion der „Laibacher Zeitung“ von den durch dieses Blatt benannten Gebern	71	—
5. Durch das k. k. Bezirksamt Neustadt:		
a) Der Ertrag eines Opferganges in der Stadtpfarrkirche Neustadt mit	fl.	19.41½
b) Von dem hochw. Herrn Probst Bartholomäus Urte	"	10.—
c) Von dem hochw. Herrn Kanonikus Franz Seilovset	"	5.—
d) Von dem hochw. Herrn Kanonikus Josef Zagar	"	1.50
e) Von dem hochw. Herrn Kanonikus And. Meterec	"	3.—
f) Von dem hochw. Herrn Kanonikus Matthäus Svetlicic	"	5.—
g) Von dem hochw. Herrn Vikar Mathias Kugel	"	2.—
h) Vom Pfarramte St. Michael bei Neustadt	"	6.70
i) Vom Pfarramte Hönigstein	"	14.—
j) Vom Pfarramte Töplitz	"	6.51
k) Vom Pfarramte St. Margarethen bei Klingensfels	"	2.—
l) Vom Pfarramte Stopitsch	"	2.—
m) Vom Pfarramte Tschermoschnitz	"	4.20
n) Vom Pfarramte Weißkirchen	"	9.15½
o) Vom Pfarramte Aindö	"	1.80
p) " " Prečna	"	6.53
q) " " St. Peter bei Weinhof	"	3.95
r) Vom Pfarramte Waltenendorf	"	1.40
s) Von der Lokalie Maichau	"	3.55
t) Von der Lokalie Pöslandl	"	4.29
Zusammen	112	—
u) Für die Abbrandler von Podkraj	8	—
6. Durch das k. k. Bezirksamt Idria:		
a) der Sammlungsvertrag der Gemeinde Voiska mit	fl.	5.—
b) der Sammlungsvertrag der Gemeinde Sairach mit der Widmung für die Verunglückten von Podkraj mit	"	8.36
c) vom Ortskuraten in Sauratz ebenfalls für die Abbrandler von Podkraj	"	2.—
Zusammen	15	36

7. Durch das k. k. Bezirksamt Mödling:	fl.	kr.
a) die Sammlungsergebnisse der Gemeinden Mödling, Primostek, Gradak, Radoviza, Kraschenberg, Radovic und Bojansdorf;		
b) der Pfarre Suchor;		
c) die Beiträge des hochw. Herrn Dechant Klubiz, der hochw. Herren Kooperatoren Franz Pleško und Franz Svetlin, des Herrn Schullehrers Renda, der Herren Johann Fuchs, Mathias Malenšček, Nikolaus Kostelic, Felix Heß, Ferdinand Salköcker, Johann Rambitsch und Johann Kapelle;		
d) dann der Frauen Theresia Kuralt und Theresia Fuchs aus Thurn bei Semitsch;		
e) und den k. k. Herren Bezirksbeamten in Mödling im Gesamtbetrage von	39	20
8. Von dem 3. Bataillone des k. k. 17. Infanterie-Regimentes durch das Regiments-Kommando zu Pola	47	—
9. Von der Direktion der Citavnica und des Južni Sokol durch Herrn Dr. Johann Kleinweis der Ertrag der am 17. April l. J. zu Gunsten der Nothleidenden veranstalteten musikalisch-dramatisch-gymnastischen Vorstellung mit	519	12
Ein halber Napoleondor und Ein kais. Dukaten.		
Zusammen	933	12½
Ein halber Napoleondor		
Ein kaiserlicher Dukaten		
Zwei Stück Rubelscheine.		
Hiezu:		
Der in den Nr. 58, 64, 71, 77, 83 und 88 der „Laibacher Ztg.“ ausgewiesene Betrag mit	15416	56½
Zwei Fünffranks und Drei Silberzwanziger		

ergibt sich der Gesamtbetrag von . . . 16349 69
2 Fünffranks, ½ Napoleondor, 1 kais. Dukaten, 3 Silberzwanziger und 2 Rubelscheine.
Die für die Abbrandler von Podkraj bestimmten Beträge werden denselben unter Einem zugeführt.
Aus diesem Anlasse hat das k. k. Landes-Präsidium mittelst besonderen Schreibens den Direktoren der Citavnica und des Južni Sokol und durch dieselben bei der Vorstellung mitwirkenden Damen und Herren, ferner den Herren: Josef Blasnik, Eduard Hohn, Valentin Vesko, F. X. Sovan, Palič, Jurcic und Zerančic, welche in anerkannter Weise durch unentgeltliche Ueberlassung von Utensilien die Kosten der am 17. d. M. stattgehabten Wohltätigkeits-Vorstellung wesentlich herabminderten und hiedurch zur Erzielung des oben ausgewiesenen namhaften Reinertrages beitrugen, sowie nicht minder im Wege des löblichen k. k. 8. Infanterie-Regiments-Kommando der Musik-Kapelle des genannten Regimentes für ihre bereitwillige unentgeltliche Mitwirkung den Dank ausgedrückt.
Vom k. k. Landes-Präsidium Laibach am 25. April 1865.
Laibach, 26. April.
Gestern hat sich das Abgeordnetenhaus wieder in beschlußfähiger Zahl versammelt und die Verathung des Budgets wieder aufgenommen. Wenn man einen kleinen Rückblick auf die abgelaufene Session wirft,

sagt der „Votsch.“, so könnte man einigermaßen erschrecken über den schwerfälligen Gang der Geschäfte im Abgeordnetenhaus. Mehr als fünf Monate der Session sind bereits abgelaufen und noch ist nicht einmal das Budget von Seite des Abgeordnetenhauses votirt. Am 14. November wurde der Reichsrath von Sr. Majestät eröffnet, am 17. November legte der Finanzminister demselben das Budget vor, welches sich also seit fünf Monaten und einer Woche in den Händen der Abgeordneten befindet. Auf den ersten Blick muß es auffallen, welches außerordentliche Mißverhältnis zwischen Zeit und bewältigtem Arbeitsmateriale liegt. Daß ein Parlament innerhalb fünf Monaten ein Budget, und wäre es noch so komplizirt, nicht erledigen könnte, wird Niemand behaupten wollen. Ja, die Sessionen der Parlamente fast aller Großstaaten dauern nicht mehr als fünf bis sechs Monate; das englische Parlament, das Musterbild für festländische Parlamente, tagt in der Regel von Anfangs Februar bis Anfangs August, also ebenfalls nur sechs Monate. Und während dieser Zeit stellen diese Parlamente nicht bloß den Staatsvoranschlag fest, sondern erledigen noch eine Menge anderer, höchst wichtiger legislatorischer Arbeiten. Anders macht es unser Abgeordnetenhause. Vermöge der eigenthümlichen Verfassungsverhältnisse der Monarchie ist der Gesamtreichsrath auf die wichtigste Thätigkeitsphäre beschränkt, nämlich auf die Verathung von Finanz-, Handels- und Zollangelegenheiten; die Prüfung des Budgets ist seine jährliche Hauptaufgabe. Nach dieser Thätigkeitseinteilung müßte man glauben, der Reichsrath, da er nicht mit anderen Arbeiten überhäuft ist, könnte um so rascher mit der Budgetprüfung zu Ende kommen. Indessen ist es mit solchen theoretischen Schlussfolgerungen in der Praxis oft schlecht genug bestellt. In der That hat das Abgeordnetenhause, oder vielleicht richtiger der von ihm eingesetzte omnipotente Finanzausschuß in dieser Session bisher nach dem Grundsatz gehandelt, je weniger Anderes zu thun ist, desto mehr Zeit können wir auf das Budget verwenden. Und so kommt es, daß man noch wird von Glück sagen können, wenn der eine Faktor der Gesetzgebung den Staatsvoranschlag in sechs Monaten, nachdem er ihn empfangen, festgestellt haben wird!

Ist schon unter allen Umständen eine so in das Breite gesponnene Budgetverhandlung eine unpraktische Sache, so muß sie gerade in diesem Jahre als sehr mißlich bezeichnet werden, und es tritt die dringende Nothwendigkeit an den Reichsrath und beziehungsweise an das Abgeordnetenhause heran, für die noch zu bewältigenden Arbeiten eine konzisere Behandlungsart zu wählen.

Vom Suezkanal.

Cairo, 16. April.

Die von der Befestigung des Suezkanals — wenn man diesen Ausdruck antizipiren darf — zurückgekehrten Abgeordneten sind alle des Lobes voll über die liebenswürdige und zuvorkommende Aufnahme, welche ihnen der Schöpfer des großen Unternehmens, Herr von Lesseps, zu Theil werden ließ. Er war überall der erste am Platz, um zu empfangen, anzunehmen, zu organisiren und zu leiten, und ließ es den fremden Gästen, unter denen sich auch eine Dame, eine Amerikanerin, befand, an nichts mangeln. Kein Miston störte die (von einem Meer zum andern in 25—27 Stunden zurückgelegte) Fahrt; denn ein paar mißglückte Toaste, der in der Geburt erstickte Vorschlag des Vertreters von Livorno und Pisa, Baron Levi, Herrn von Lesseps bei lebendigem Leibe eine Statue zu errichten, das unfreiwillige Wad, welches der griechische Generalkonsul, Herr Zygomalas, im Kanale nahm, das il n'y a rien à discuter des Herrn Piazza, Vertreters von Catania und Reggio, die Weigerung der italienischen Abgeordneten (unter denen eine national-ökonomische Notabilität ersten Ranges, Professor Voccardo von Genua, hervorragte), sich an der Sammlung für die Marienkirche auf dem Sphynx zu betheiligen, dieß und Ähnliches sind kaum erwähnenswerthe Episoden und bieten höchstens levantinischer Klatschsucht willkommenen Stoff. Weniger Einstimmigkeit als über die persönlichen Eigenschaften des Herrn von Lesseps herrscht jedoch über das Gesamtergebnis der Untersuchung, den praktischen Werth des auf der Landenge bereits Geleisteten und die Aussichten für die Zukunft. Zwar hat ein Abgeordneter von Marseille Herrn von Lesseps als einen „Mitarbeiter Gottes“ gepriesen, der Kontinente umgestalte — wogegen freilich seine eingefleischten Gegner hier und in Alexandrien ihn eher mit Law vergleichen und sein Unternehmen als eine riesige Mystifikation bezeichnen — und er selbst hat den Sieg über seine Widersacher, die er Ennuchen nannte, welche wollen und nicht können, als unsehlbar gewiß in Aussicht gestellt; es fehlt jedoch nicht an kälteren und nüchterner urtheilenden Beobachtern, welche zwar zugeben, daß die Hälfte der ganzen Arbeit gethan sei, aber die wirkliche Vollendung des maritimen Kanals noch

immer für lange Zeit erforderlich halten. Namentlich wird die Abschaffung der Frohnarbeit als ein großes Hinderniß hervorgehoben; Daggemaschinen müssen jetzt die Handarbeit ersetzen, und was sie an Anschaffungskapital kosten, wird an den Löhnen gespart werden. Die Fellahs freilich bekamen nur einen Franken, die freien Arbeiter jedoch mußten mit vier, selbst mit sechs Franken per Tag gezahlt werden, und riskirten des Klimas wegen immer noch ihre Gesundheit. Zeit und Geld können die Hindernisse jedoch bewältigen, wenn keine neuen politischen Verwicklungen in den Weg treten, und sollten auch, wie ein unter den Abgeordneten befindlicher italienischer Ingenieur behauptet, wenigstens zehn Jahre darüber vergehen. Das schon Geleistete bleibt jedenfalls bewundernswürdig und — in magnis voluisse sat est. Ueber den geringen praktischen Nutzen für Handel und Verkehr, welcher aus der mittelst des Süßwasserkanals eröffneten Wasser Verbindung zwischen beiden Meeren hervorgehen wird, ist man ziemlich einig; abgesehen von dem bisweilen an totalen Wassermangel grenzenden niedrigen Wasserstand ist es gar nicht anzunehmen, daß die aus Ostindien in Suez ankommenden Schiffe ihre Güter ausladen werden (selbst wenn dieß immer möglich wäre), um sie in kleinen Quantitäten auf die Barken des Süßwasserkanals, dann in Ismailia neuerdings auf den großen Kanal von El-Gisar bis Port-Said und in letzterem Hafen endlich wieder auf die Seeschiffe des Mittelmeeres umzuladen. Bis zur Eröffnung des großen Kanals, von dem man sich einen 50 % wohlfeileren und natürlich viel bequemeren Transport verspricht, als ihn die Eisenbahn bietet, wird also letztere, sowie der Weg um das Cap keine Konkurrenz zu befürchten haben. Eine interessante Episode spielte sich ab, als der Sekretär der Marseiller Handelskammer, welcher überhaupt als eine Art Trompete benutzt zu werden schien, ein Telegramm von Port Said aus „nach Europa“ abzusenben vorschlug, des Inhalts etwa, „die Delegirten haben die Fahrt auf dem Kanal vom Mittel nach dem rothen Meere in 27 Stunden zurückgelegt.“ Mehrere Abgeordnete wollten von einer solchen Depesche nichts wissen, und sie überzeugten schließlich alle anderen, daß sie nicht dazu da sein, auf die Pariser Börse zu wirken und den Cours der Suezkanalaktien indirekt treiben zu helfen. Die Abgeordneten aus Oesterreich, welcher Staat zwar recht gut, aber leider nur schwach vertreten war, haben sich überzeugt, daß zwar schon mancherlei Artikel der heimischen Industrie hier Absatz finden, daß aber für dieselbe noch ein weites Feld zu erobern und zu behaupten ist. Um ausgedehntere Erfolge zu erringen, ist jedoch solide und reelle Bedienung der Abnehmer, in welcher Beziehung noch Vieles zu wünschen übrig bleibt, die erste Bedingung. Die im Inlande an manchen Stellen noch herrschende Ansicht, als ob die Hauptschuld an den Konsulaten läge, wenn die österr. Industrie im Auslande noch nicht den gebührenden Rang einnimmt, ist ein Aberglaube, dessen man sich so bald wie möglich entledigen sollte. Wie kann namentlich in der Levante ein Konsul, der mit politischen, Rechts- und anderen Geschäften überhäuft ist und dessen Vorbildung keine kommerzielle war, für die heimischen Kaufleute und Industriellen den Agenten machen, noch dazu, wenn dieselben unter einander konkurriren? Ersetzt man ihn aber durch einen Kaufmann, oder stellt man ihm einen solchen an die Seite, so wird dieser zunächst sein eigenes Interesse ins Auge fassen, und man kann von ihm nicht erwarten, daß er die Selbstverleugnung besitze, einträgliche Geschäfte für Andere einzuleiten, dabei aber für sich leer auszugehen. (Tr. Btg.)

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 25. April.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Meesern, Laffer, Plener, Hein, Burger; Sectionschef Kallberg; Ministerialrath Festenel (Finanzministerium.)

Nach Verlesung des Protokolls wird eine Zuschrift des Staatsministeriums vom 20. d. M. mitgetheilt, mit welcher die nachträgliche Einstellung von 80.000 fl. in das Budget verlangt wird, welche in Folge allerhöchster Entschliessung zur Abhilfe des Nothstandes in Galizien verwendet werden.

Der Leiter des Handelsministeriums legt mittelst einer Zuschrift den Gegentwurf betreffend die Concessionirung einer Bahn von Braunau nach Neumarkt zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Es werden die eingelaufenen Petitionen vorgelesen, kommt ein vom Abg. Schindler eingebrachter Dringlichkeitsantrag zur Verlesung, durch welchen eine Aenderung der Geschäftsordnung bezweckt wird. Der Antrag, lautend: „Das hohe Haus wolle beschließen, bei den Verhandlungen des Ausschusses über die Regierungsvorlage betreffend den Zolltarif können alle Mitglieder des Hauses anwesend sein,“ wird als dringlich anerkannt und nach einer kurzen Begründung des Antragstellers fast einstimmig angenommen.

Abg. Doblhoff gibt als Obmann des Zollausschusses im Namen desselben die Erklärung: derselbe habe beschlossen, insoweit nicht auf die nähere Verathung des Zolltarifs eingegangen zu können, insoweit die Regierung nicht den mit Preußen abgeschlossenen Vertrag vorgelegt haben werde, da dieser offenbar auf den Tarif selbst von bedeutendem Einfluß sei. Er gebe diese Erklärung ab, damit den Ausschuß nicht der Vorwurf der Sammeligkeit treffe.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Erster Gegenstand ist die Wahl von Schriftführern. Die Wahlzettel werden abgegeben; das Scrutinium wird von dem Bureau des Hauses vorgenommen werden.

Zweiter Gegenstand ist die Fortsetzung der Verathung über den Voranschlag des Finanzministeriums.

Abg. Wurzbach berichtet über Kapitel 22: „Direkte Steuern.“

In der Generaldebatte ergreift

Abg. Ernst Schneider das Wort. Er weist auf die drückende Last der Steuern hin, und fragt, warum man nicht zu dem Mittel des Schuldenmachens greife, um diese Last erleichtern zu können. Man nehme keinen Anstand, Anleihen zu kontrahiren, um Eisenbahnen zu bauen, Nothstände einzelner Provinzen zu mildern u. Warum greife man nicht zu demselben Mittel, um den allgemeinen Nothstand zu mildern? Auf diese Weise könnte man die Steuerlast erleichtern und bessere Zeiten abwarten. Man könnte den Einwurf machen, dieß ruinire den Kredit des Staates, aber nicht Alles, was durch die Steuerherabsetzung für das Aerar verloren geht, sei auch wirklich verloren. Durch die Steuererleichterung mehrten sich die Werthe der Steuerträger. Namentlich für die Grundsteuer sei eine Herabsetzung dringend geboten. Er sehe wohl ein, daß seine Rede für heuer zwecklos sei, aber er bitte sowohl die Regierung als den Ausschuß, für 1866 das zu berücksichtigen.

Abg. Riese-Stallburg spricht für die Ausschüßanträge. Er spricht von den Verhältnissen der Land- und Forstwirtschaft und der Einwirkung der Steuer auf dieselben. Er verlangt den Schutz der Regierung für die Landwirtschaft, denn nur durch diesen könne sie einer gedeihlichen Entwicklung zugeführt werden. Er fürchtet, daß die für die Einkommensteuer präliminirte Summe nicht erreicht werden dürfte, da die Fabrikation und der Handel durch die Besteuerungsart und die Zölle sehr gedrückt seien. Er zeigt das an einzelnen Industriezweigen.

Finanzminister v. Plener weist darauf hin, daß auch die Regierung die Reform der direkten Besteuerung als nothwendig erkannte und sich daher beeilt habe, die betreffenden Vorlagen in das Haus einzubringen. Was die Steuerrückstände betrifft, auf deren Höhe wiederholt hingewiesen wurde, wollte er nur bemerken, daß von den Rückständen, welche für 1864 sich mit 24 Millionen beziffern, 17 Millionen auf die Länder der ungarischen Krone fallen, welcher Rückstand in der Ungunst der dortigen Verhältnisse allein seinen Grund finde. Die übrigen Kronländer bleiben nur mit 7 Millionen im Rückstande, einer Ziffer, die keine außerordentliche Höhe und aus welcher sich durchaus nicht eine durch die Steuer hervorgerufene Nothlage deduziren lasse.

Es wird zur Spezialdebatte geschritten.

Die ordentlichen Einnahmen der direkten Steuern für 1865:

1. An Grundsteuer	62,216.200 fl.
2. „ Gebäudesteuer	20,422.000 „
3. „ Erwerbsteuer	5,860.200 „
4. „ Personalerwerbsteuer	5,145.000 „
5. „ Einkommensteuer	16,661.700 „
6. „ Erbssteuer	21.300 „
Zusammen	110,326.400 fl.

nach Abzug des Durchschnittsbetrages der Nachlässe und Abschreibungen pr. 1,993.059 „

im Restbetrage pr. 108,333.341 fl.

werden ohne Debatte eingestellt. Der Antrag auf Fortdauer der durch das Finanzgesetz pro 1864 genehmigten außerordentlichen Erhöhung der direkten Steuern wird angenommen. Die Ziffer dieser Einnahme wird mit 16,278.357 fl. eingestellt.

Das Erforderniß dieses Kapitels wird in 4 Teilen zusammen mit 185.520 fl. Ordinarium, 233.631 fl. Extraordinarium, zusammen mit 419.151 fl. bewilligt.

Der Ausschuß stellt ferner den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, dem Reichsrathe ein Gesetz vorzulegen, wodurch die Stadt Triest sammt Gebiet vom 1. Jänner 1866 in das allgemeine System der direkten Besteuerung einbezogen wird.“

Abg. Conti will das Haus überzeugen, daß Triest nicht das Schicksal der Regierung sei. Er führt ziffermäßig an, wie viel Triest an Steuern zahle, um zu zeigen, daß es sich keiner besondern Begünstigung erfreue. Der gegenwärtige Stillstand der Geschäfte welcher Triest schwer treffe, sei übrigens nicht

der geeignete Moment zu einer Erhöhung der Steuer. Redner gibt einige faktische Aufklärungen über das Verhältnis der Aversalkommen, welche Triest als Hauszinssteuer und als Verzehrungssteuer zahle. Triest zahle mehr als 3 Millionen indirekte Steuern, was auch einige Berücksichtigung verdiene. Es müsse auch berücksichtigt werden, was Triest für die Beschaffung von Kasernen und andern Gebäuden für das Militär, ferner für die Erhaltung der Polizei ausbe. Die Polizei-Arrestanten werden vollständig von der Stadt erhalten. Auch für die Schulen thue Triest sehr viel. Es erhalte ein Gymnasium auf eigene Kosten, es habe eine nautische Akademie gegründet und sie zu erhalten. Auch Wohlthätigkeits-Anstalten fallen der Stadt zur Last, welche auch den Nachbarprovinzen zu Gute kommen. Für diese Anstalten zahle Triest jährlich 95.000 fl. Er ersucht das Haus, der Resolution nicht beizustimmen.

Abg. Brestl unterstützt den Ausschufsantrag. Derselbe bezwecke eben nichts als die Herstellung des gemeinen Rechtes. Es sei ein Grundsatz, daß alle Theile des Reiches gleichmäßig zu den allgemeinen Lasten beitragen sollen. Triest zahle an Hauszinssteuer um ein ganzes Drittel weniger als die übrigen Länder. Dazu kommen noch, daß in andern Städten die Kommunal- und Landeszuschläge dazu kommen, welche in Triest weggelassen, wo diese in dem Aversum einbegriffen sind. Triest möge sich auf ein 100 Jahre altes Privilegium nicht berufen, auch andere Städte und Stände hätten Privilegien gehabt, auf welche sie verzichteten und welche zu reklamiren ihnen nicht einfielen. Alles, was der Herr Vorredner über Einquartierungskosten, Wohlthätigkeits-Anstalten etc. sagte, sei eben nichts anderes, als was man in allen Ländern finde, und das treffe Triest nicht als Stadt, sondern als Land. Uebrigens genieße Triest noch ein Privilegium, nämlich das des Freihandels, welches so werthvoll ist, daß eher eine Erhöhung der Steuer gerechtfertigt wäre, da durch diesen dem Staate namhafte Einnahmen entgehen.

Nach einer Replik des Abg. Conti, in welcher er darauf hinweist, daß Triest auch einen Kommunalzuschlag von 6% zahle, und weiter bemerkt, es habe übrigens mit den Häusern dort eine eigene Bewandniß, denn jeder Kaufmann habe sein eigenes Haus, welches in das Betriebskapital einbezogen und daher schon einmal besteuert ist, wird zur Abstimmung geschritten und der Ausschufsantrag angenommen.

Abg. Bachofen referirt über das Kapitel „Verzehrungssteuer“.

Es wird die Einstellung folgender Einnahmen ohne Debatte genehmigt:

1) Branntweinsteuer	16.000.000 fl.
2) Wein- und Moststeuer	6.000.000 "
3) Biersteuer	16.900.000 "
4) Fleisch- und Schlachtsteuer	5.520.000 "
5) Zuckersteuer	7.800.000 "
6) Verzehrungssteuer von sonstigen Gegenständen und Pachtungen	5.000.000 "
8) andere Einnahmen	153.000 "

Das Erforderniß dieses Kapitels wird mit 2.046.000 fl. ohne Debatte genehmigt.

Abg. Szabel referirt über das Kapitel „Zoll.“ Die Roheinnahmen werden mit 15 Millionen, das Erforderniß mit 1.632.380 fl. als Ordinarium und 91.000 fl. als Extraordinarium eingestellt.

Abg. Stummer berichtet über das „Tabakgefälle“.

Die Bruttoeinnahme wird mit 58.371.890 fl., das Erforderniß mit 29.229.366 fl. genehmigt.

Abg. Kirchmayr referirt über das „Salzgefälle“.

Das Erforderniß wird mit 6.533.163 fl., die Einnahme mit 39.983 fl. genehmigt.

Abg. Simonovicz referirt über die Kapitel „Stempel, Taxen und Gebühren von Rechtsgeschäften.“

Das Erträgniß des Stempelgefälles wird mit 17.150.000 fl., das Erforderniß mit 340.885 fl. eingestellt.

Das Erträgniß des Taggefälles wird a) bezüglich der Taxen mit 900.000 fl., b) bezüglich der Gebühren von Rechtsgeschäften mit 27.700.000 fl., das Erforderniß dieses Kapitels mit 850.149 fl. genehmigt.

Abg. Kuziemski referirt über das „Lottogefälle“.

Die Bedeckung wird mit 18.295.000 fl., das Erforderniß mit 11.579.000 fl. eingestellt.

Abg. Ingram referirt über „Manthen.“

Der Ausschuf beantragt die Einnahmen mit 3.338.126 fl., die Ausgaben mit 31.487 fl. einzustellen (angenommen).

„Punzierung und Zimentierung“ (derselbe Berichterstatter) wird mit 93.931 fl. in die Bedeckung und 24.688 fl. in das Erforderniß eingestellt.

„Vereinte Gebühren im lomb.-venet. Königreiche“, Berichterstatter Hagauer, Bedeckung 134.000 fl., Erforderniß 19.000 fl. (ohne Debatte angenommen).

„Staatsgüter“, Berichterstatter Abg. Eichhoff:

Die sechs Titel dieses Kapitels werden ohne Debatte angenommen, und 5.107.420 fl. als Bedeckung und 3.926.884 fl. als Erforderniß eingestellt. — Es wird ferner beschlossen, die Regierung aufzufordern, mit dem nächsten Voranschlag einen genauen Nachweis des Ertrag jedes einzelnen Staatsgutes und Staatsforstes vorzulegen.

„Staatsforste“ (derselbe Berichterstatter). Die einzelnen Titel werden angenommen und 10.803.539 fl. als Bedeckung und 8.653.226 fl. als Erforderniß eingestellt.

Abg. Tazschel referirt über das aus dem Titel der „Konfiskation in der Verwaltung des Staats befindliche Vermögen.“ Die Bedeckung wird mit 525.132 fl., das Erforderniß mit 364.710 fl. eingestellt.

„Aerarialfabriken“, Berichterstatter Steffens.

	Einnahmen	Ausgaben
1. Staatsdruckerei in Wien	459.466 fl.	498.100 fl.
2. „ „ „ Lemberg	94.730 fl.	84.689 fl.
3. „ „ „ Temeswar	10.170 fl.	9.540 fl.
4. Papierfabrik in Schöglmühl	699.800 fl.	612.424 fl.
5. Porzellanfabrik in Wien	160.315 fl.	92.436 fl.

werden ohne Debatte angenommen, ferner beschlossen: Die Regierung aufzufordern, 1. die Brodbäckerei in Schöglmühl aufzulassen; 2. bei dem Jahreschluß in Schöglmühl eine kaufmännische Bilanz einzuführen.

„Vergewesen“ (derselbe Berichterstatter) wird mit 27.951.272 fl. in die Bedeckung und mit 26.546.485 fl. in das Erforderniß eingestellt.

Es wird ferner beschlossen, die Regierung aufzufordern: dieselbe möge wegen nachträglicher Vereinbarung der beim Bergwerk Agordo zum Bau einer Brücke über den Cordevole zu verausgabenden Summe von 15.000 fl. mit den konkurrenzpflichtigen Gemeinden eine Konkurrenzverhandlung einleiten; — ferner von dem in der 2. Session gefaßten Beschlusse, die Auflassung des Goldbergwerkes in Rauris betreffend, nicht abzugehen; — endlich, die Regierung aufzufordern, die möglichst rasche Aufarbeitung der vorhandenen bereits gefördertten Erze mit Ausnahme der Eisenerze und jede thunliche Beförderung der Veräußerung der Berg- und Mittelwerke, der dazu bisher gewidmeten Wälder, und der dabei befindlichen Bergwerkprodukte mit Ausnahme der Edelmetallbergbaue zu veranlassen und hiedurch das im Vergewesen ruhende Kapital entsprechend zu beschränken.

Abg. Deschmann verwahrt sich gegen ein Präjudikat aus der vom Finanzausschusse beantragten Resolution, da er jedenfalls seinerzeit gegen den Verkauf des Bergwerkes Idria das Wort ergreifen müßte.

Abg. Teutsch referirt über das „Münzwesen“ Die Einnahmen werden mit 25.598.878 fl., die Ausgaben mit 25.653.409 fl. genehmigt.

Abg. Brestl referirt über die Einnahme aus der Veräußerung vom Staatseigenthum. — Der Antrag auf Einstellung dieser mit 33.806.270 fl. wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Verathung des Etats des „Handelsministeriums“. (Auf der Ministerbank erscheint Hofrath Malh). — Berichterstatter: Doblhoff. — In der Generaldebatte ergreift Niemand das Wort, weshalb sogleich zur Spezialdebatte geschritten wird.

Titel 1. Zentralleitung wird mit 206.802 fl. Ordinarium; 18.00 fl. als Extraordinarium beantragt.

Sektionschef Freih. v. Kalchberg wendet sich gegen die von dem Ausschuf beantragten Abstriche. Er weist auf die allgemeinen Klagen über die mangelhafte Agrikultur, und Industrie-Statistik hin, weshalb er diesen besondere Aufmerksamkeit schenken wollte. Der Ausschuf habe die dazu präliminirten Kräfte gestrichen, was die Ausführung unmöglich mache. Der Ausschuf habe ferner den zu technischen Vorarbeiten in Eisenbahnanlagen beehrten Credit von 200.000 fl. gestrichen. Daß das Ministerium Eisenbahnbauten in präciserer Weise fördern wolle, als es bisher geschehen, habe er durch die im Vorjahre veröffentlichte Denkschrift bekannt gegeben. Es sei eine Inkonsistenz, wenn man immer nur Konzeptionen zu Vorarbeiten gebe und von den vorläufigen Unternehmern, welche die Vorarbeiten auf eigene Kosten ausführt, dann hören müsse, es sei nicht billig, daß sie bei der Konzeptionsvertheilung überangen werden. Es sei dann notwendig, diese Vorarbeiten einer neuen Revision zu unterziehen, was aber neue Auslagen verursacht. Deshalb halte das Ministerium für vortheilhafter, wenn die Tracirungsarbeiten unmittelbar von der Regierung ausgingen. Sie wolle auch die in dieser Richtung bereits fertigen Arbeiten ankaufen. Sie kann dabei keinen Verlust erleiden, weil sie dafür Vergütungen von den Konzeptionären verlangen könne. Redner erklärt, daß diese Posten für heuer auf 50.000 fl. reduziert werden können, bei vollständiger Streichung würde aber die Thätigkeit des Ministeriums in diesem Zweige ganz gelähmt. Schließlich beantragt Redner, den von dem Ausschuf in der Höhe von 215.656 fl. beantragten Abstrich nur mit 156.000 fl. anzunehmen.

Abg. Herbst will es dem Berichterstatter überlassen, die Abstriche zu vertreten und konstatirt nur,

daß die bezüglichen Verhandlungen in Abwesenheit des Regierungsvertreters gepflogen, weil kein Vertreter trotz der Einladung erschienen war. Redner vertheidigt nur einen Abstrich, nämlich den von 3526 fl. als die Bezüge der bei der Redaktion des Zentralanzeigers verwendeten Personen. Es beruhe dieß auf dem Grundsatz, daß, wenn ein Beamter in andere Verwendung tritt, seine Bezüge nicht in dem Status, dem er früher angehörte, angeführt werden dürfen. Redner bespricht die Kosten des Zentralanzeigers und sagt, daß derselbe mit 1700 fl. passiv, eine Ziffer, die umföweniger gerechtfertigt sei, als diesem Blatte viele Vortheile, z. B. die Firmaprotokollirungen, zugewendet würden.

Sektionschef Freih. v. Kalchberg zeigt, daß die dort in Verwendung stehenden Beamten, nebst den Redaktionsarbeiten, auch noch bei anderen thätig sind, daß sie statistische Arbeiten zu machen haben und daß daher ihre Gehalte nicht gestrichen werden können.

Hofrath Malh sucht das Erforderniß des Zentralanzeigers zu rechtfertigen. Es sei nicht Schuld des Handelsministeriums, wenn der Anzeiger nicht größere Verbreitung habe. Unter den angeführten Kosten seien übrigens nur die Redaktionskosten verstanden.

Abg. Herbst entgegnet, wenn dieß nur Redaktionskosten sind, so zeige dieß nur, daß die Auslagen und das Defizit um so größer sei.

Hofrath Malh bemerkt, das Handelsministerium verfüge nicht über eine Druckerei und habe sich deshalb um Druck und Papier an das Staatsministerium gewendet, welches diese aus dem Fonde der offiziellen Zeitungen trage.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters wird der Ausschufsantrag angenommen. Die Sitzung wird hierauf geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Rusland.

Bern, 24. April. Die Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem Zollvereine sind dem Ende nahe. Die Redaktionsentwürfe des Hauptvertrags wie der verschiedenen Nebenverträge sind, mit Ausschluß eines einzigen Punktes, berathen und genehmigt. Die Paraphirung hat sich wegen der von Seiten eines Staates erhobenen Anstände bezüglich des Niederlassungsvertrages verzögert und könnte dies möglicher Weise eine Vertagung der Konferenz herbeiführen.

Mizza, 24. April. Der Leichnam des Großfürsten-Thronfolgers wird Freitag auf einem russischen Kriegsschiffe eingeschifft, um nach Kronstadt geführt zu werden. Die kaiserliche Familie wird Samstag nach Deutschland abreisen.

Paris. Der Besuch des Kaisers in der afrikanischen Kolonie gibt zu allerlei Kombinationen und Muthmaßungen Anlaß. Bekanntlich wird Abd-el-Kader zugleich mit dem Kaiser in der Kolonie sein. Es geht das Gerücht, daß es sich darum handle, dem Ex-Emir die politische Macht wiederzugeben, welche man ihm nur auf Kosten eines 10jährigen Krieges genommen hat. Man spricht davon, daß Algier in zwei Zonen getheilt werden solle, in die französische Zone, welche aus dem Littoral und dem Tell bestehen würde, und die arabische Zone, welche aus dem ganzen Rest des Territoriums der Kolonie bestehen und das algerische Königreich bilden würde. Das würde so viel heißen, als daß zwei Drittel der Kolonie aufgehören würden, französische Besitzung zu sein, und den Arabern zurückgegeben würden. Der Vater aller dieser höchst gewagten Kombinationen ist eigentlich Herr Emil de Girardin, welcher neulich in „La Presse“, in einem Artikel: l'Algérie aux Algériens, zuerst den Gedanken aussprach, es sei am besten, wenn die Franzosen, eben so wie die Engländer auf die jonischen Inseln, auf die afrikanische Kolonie verzichteten, welche so viel gekostet und so wenig eingebracht hätte.

Auf das neue mexikanische Anlehen wurde die Subskription am 22. eröffnet. Der Andrang vor den Bureaux des Comptoir d'Escompte in der Rue Bergère in Paris war ein sehr beträchtlicher. An der Börse glaubte man sicher zu sein, daß das Anlehen überzeichnet sein werde, was allerdings ein in der letzten Zeit beispielloser Erfolg wäre, und man machte sich bereits auf eine in Folge dieses Zuspruches eintretende Baissé für die nächste Woche gefaßt.

Von allen Seiten wird gegen die Finanzoperation des jungen Kaiserreiches losgezogen; sie sei für Mexiko ein Ruin, der gewährte Zins sei Wucher u. s. w. Daß aber hiermit eingestanden wird, die Theilnehmer dieser Operation machen ein gutes Geschäft, ist die Reversseite der Kritik, und es findet dieses praktische Urtheil seinen Ausdruck in der Bedeckung des gesammten Anlehens schon am ersten Tage der Subskription. Samstag Früh wurde die Anmeldung begonnen, Samstag Abend schloß man sie, und nach telegraphischen Depeschen sind nahe 1 Milliarde subskribirt.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 27. April.

Se. Excellenz der Herr Statthalter ist gestern nach Innerkrain abgereist.

— Heute Nachmittag, 5 Uhr, findet eine Sitzung des Gemeinderathes statt. Auf der Tagesordnung steht: Mittheilungen des Vorsitzenden und allfällige Interpellationen; Vortrag des Stadtmagistrates wegen Ausschreibung der Gemeinderathswahlen; Vortrag der Schulsektion wegen fruchtbringender Anlegung einiger dem krainischen Invalidenstiftungs-fonds gehörigen Geldbeiträge; Vorträge der Bau-sektion: a) wegen den neuen Pflasterungen, b) wegen des Affordes rücksichtlich der nothwendigen Pflastersteine; c) wegen Befestigung der Stelle eines städtischen Zimmermanns, d) Kollaudirungs-Operat über die geschehene Dolamit-schotter-Lieferung pro 1864, e) wegen Genehmigung eines technischen Diurnisten. — Hierauf folgt eine geheime Sitzung.

— Am 23. d. M. Nachts wurden die Bauern-burschen J. und S. aus Egglaß und der Häusler F. S. vom Moraste, bei der Karlstädter-Brücke in Hühnerdorf, ohne allen Anlaß von erzehrenden unbekanten Burschen mißhandelt und letzterer über die mehrere Klafter hohe Parapet-Mauer in den Gruber'schen Kanal hinabgeworfen, glücklicher Weise erlitt er durch diesen Fall nur leichte Verletzungen. Als die hier Schuldigen wurden einige bekannten hiesigen Erzehenden erforscht und der gerichtlichen Untersuchung zugeführt.

— Nach den über den Typhus im Bezirke St. Paul in Kranten eingelaufenen amtlichen Nachrichten sind die sowohl im Markte St. Paul, als auch in einigen andern Gemeinden vorkommenden Erkrankungen größtentheils katarrhalischer Natur und gehen nur selten in den typhösen Charakter über. Hievon ist nur die Stifte-meierei ausgenommen, in welcher sowohl zahlreichere Kranke, als auch häufigere Ueber-gänge in den Typhus, so wie mehrere Todesfälle vorgekommen sind. Obwohl diese Berichte viel günstiger und beruhigender lauten, als die bisher verbreiteten Gerüchte, so hat man sich, wie die „Allg. Ztg.“ schreibt, maßgebenden Orts mit denselben doch nicht begnügt, sondern eine nochmalige genauere Erhebung und Aufnahme des Krankenstandes und die energische Durchführung der durch die Umstände gebotenen sanitätspolizeilichen Maßregeln angeordnet.

— Der Senior der P. P. Kapuziner in Steiermark, der Subelpriester P. Michael Padgornik, ist im Kapuzinerkloster zu Schwamberg am 8. d. M. gestorben. Er war 1781 zu Görz geboren und war seit 1810 Priester dieses Ordens.

— Am 22. d. M. Nachmittags wurden in Leoben Peter Kreutner und Maria Reitbauer wegen Mordmordes zum Tode verurtheilt. Die Hinrichtung fand Montag um 7 Uhr Früh Statt.

Wiener Nachrichten.

Wien, 26. April.

Der österreichisch-preussische Handelsvertrag hat, nach der „Pr.“, am 20. d. die kaiserl. Genehmigung erhalten. Nach der getroffenen Vereinbarung muß der Vertrag bis 22. Mai ratificirt sein, um in Kraft und Geltung zu treten.

— Ueber die Verhaftung des Raubmörders Vieringer berichten die Wiener Blätter: In Fischament nächst Schwechat wurde gestern spät Abends ein Individuum aufgegriffen, bei welchem sich eine Anzahl der aus dem Gewölbe des Trödlers Herrn Obrist geraubten Waaren vorgefunden hat. Auf die sofort nach Wien ergangene Meldung begab sich von hier sogleich eine aus vier Polizeikommissären bestehende Kommission nach Fischament, und es war auch der Trödler Herr Obrist aufgefordert worden, sich der Kommission anzuschließen. Der Letztere erkannte die vorgefundenen Goldwaaren sofort als diejenigen, welche ihm geraubt worden waren. Der Verhaftete wurde nun sogleich in Eisen gelegt und unter Eskorte zweier Gendarmen und eines Polizeiwachmannes nach Wien überführt, während die Kommission mit Herrn Obrist in einem andern Wagen folgte. Die Nachricht von der Verhaftung hatte sich in der Umgebung von Fischament mit Blitzesschnelle verbreitet, und schon als der Verhaftete den Wagen bestieg, war eine Menge Menschen anwesend, von denen viele zu Fuß dem Wagen bis nach Wien folgten. Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr Mittags gelangte der des Mordes Verdächtige an die Elisabethbrücke nächst dem Naschmarkt. Ein Reisefack, in welchem sich die geraubten Goldgegenstände befanden, lag auf dem Wagen neben ihm. Da Herr Obrist, der in dem Fiaher der Kommissäre mitfuhr, an jener Stelle ausstieg, um sich nach seiner Wohnung zu begeben, entstand ein kurzer Aufenthalt, welcher hinreichte, daß sich sofort Tausende von Menschen ver-

sammelten, von denen Viele in laute Verwünschungen gegen den Gefangenen ausbrachen. Die Passage stockte gänzlich, so daß reitende Polizeiwachmänner Mühe hatten, wieder den Raum für die Wagen frei zu machen. Die Letzteren fuhren dann im schärfsten Trab über die Lastenstraße nach dem Kriminalgebäude, wo hin das Volk massenhaft nachströmte. Der Verhaftete ist ein mittelgroßer, aber sehr kräftig aussehender Mann. Er trug einen dunkelbraunen Rock und eine gleichfarbige Weste, nebst einem kleinen runden Hute und hat einen schwarzen Schnurbart. Dieses Aussehen paßt zwar nicht auf die Personbeschreibung des vermeintlichen Thäters, allein die bei ihm vorgefundenen Goldwaaren sprechen dafür, daß er nach dem grauenhaften Ereignisse nahe theilhaftig gewesen sein dürfte. Sein Gesichtsausdruck, so wie sein ganzes Benehmen während des kurzen Aufenthaltes nächst der Elisabethbrücke, erschien sehr feck und trotzig. Auch seine Geliebte wurde bereits eruiert und verhaftet.

— Herr Barandarian, bisheriger mexikanischer Gesandter in Turin, ist, wie die „Italie“ meldet, bestimmt, Herrn Murphy in Wien zu ersetzen. Ueber die Abberufung Murphy's läßt sich die „Arader Ztg.“ aus Wien schreiben, dieselbe habe nicht den geringsten politischen Grund. „Herr Murphy“, fährt das Blatt fort, hat in seinen früheren diplomatischen Stellungen von der Regierung der mexikanischen Republik 18 Jahre hindurch keinen Heller Gehalt bekommen; dadurch ist nicht nur sein Privatvermögen gänzlich aufgezehrt worden, sondern er war auch bemüht, besonders während seines längeren Aufenthaltes in Brüssel, für ihn in seinen fühlbaren Verhältnissen Schulden zu kontrahiren. Diese verfolgten ihn bis Wien. Auch hier hatte er neue Schulden kontrahirt; die Einrichtung seiner Wohnung allein kostete sehr viel. Durch das Drängen der Gläubiger aus Brüssel ward sein Kredit untergraben und wurde seine Stellung geradezu unmöglich. Obgleich zum Staatsrath ernannt, gedankt er doch nicht in sein Vaterland zurück-zukehren, sondern hofft von der Gnade des Kaisers Maximilian, daß ihm eine solche Pension bewilligt werde, welche ihn in die Lage versetzt, in Europa zurückgezogen, aber anständig leben zu können. — Was seine Schulden anbelangt, so erfahren wir, daß wohl alle gezahlt werden dürften; jedenfalls sollen die in Wien kontrahirten durch die mexikanische Regierung gedeckt werden. — Einer Mittheilung der „France“ zufolge ist Herr Uraga zum Nachfolger des Herrn Barandarian am Hofe zu Turin auserselien.

Vermischte Nachrichten.

Aus dem Leben der kürzlich in Berlin verstorbenen Schauspielerin Crelinger wird folgende Episode erzählt: Noch hatte sie nicht die höchste Stufe erreicht, als ein erschütterndes Ereigniß ihr die Weihe der tragischen Kunst ertheilte und sie zur Vollendung unter tiefen, schmerzlichen Kämpfen führte. Im Jahre 1817 heiratete sie den Hoffchauspieler Stieh, welcher zu seiner Zeit für den besten „Marinelli“ galt. Ein unglücklicher Hang desselben zur Eifersucht trübte die sonst glückliche Ehe, welche durch die Geburt von zwei Töchtern und einem Sohn gesegnet war. Natürlich fehlte es der schönen Frau und berühmten Künstlerin nicht an Freunden und Verehrern, welche ihren Reizen und ihrem Talente huldigten. Unter diesen zeichnete sich besonders Graf Blücher, ein junger, unternehmender Offizier aus. Seine Aufmerksamkeiten für die schöne Frau erregten in so hohem Grade die Eifersucht des Gatten, daß dieser eines Abends, nachdem er im Theater beschäftigt gewesen war, nicht das Ende der Vorstellung abwartete, sondern plötzlich in seine Wohnung zurückkehrte. Seine Ahnungen hatten ihn nicht getäuscht, er fand den Grafen in der Gesellschaft seiner Frau; der gereizte Mann sprach sich mißbilligend und wohl auch beleidigend über den verdächtigen Besuch aus. Ein heftiger Streit zwischen Beiden war die Folge. Von Worten kam es zu Thätlichkeiten und Blücher verwundete mit seinem Dolch, den er bei sich trug, den unglücklichen Schauspieler lebensgefährlich. Die Wunden desselben wurden zwar geheilt, aber demungachtet starb Stieh einige Monate später in Folge eines sich entwickelnden Fiebers. Ungeheuer war das Aufsehen, welches diese traurige Katastrophe, nach dem Bericht von Augenzeugen, in Berlin hervorrief. Das Publikum, ohne Schuld oder Unschuld der Künstlerin genügend zu prüfen, ließ sich von dem ersten Eindruck hinreißen und nahm in einer Weise gegen sie Partei, daß sie sich genöthigt sah, sich einige Zeit von der Bühne fern zu halten, bis sich die leidenschaftliche Stimmung abgekühlt. Als sie endlich wieder auftrat, war sie eine andere geworden. Sie schien gewachsen, größer geworden zu sein, und indem sie die tragischen Gewalten des Lebens, die Macht des Schicksals an sich selbst kennen gelernt und erprobt hatte, war sie zur eigentlichen Tragödie jetzt gereift. Was sie als Frau an ihrem Lebensglück eingebüßt, hatte sie als Künstlerin durch die

Weihe des Schmerzes gewonnen. Von diesem Moment datirt ihr unbestrittener Ruhm.

— Als der „Richmond Whig“ am 4. d. M. in neuer Serie wieder zum ersten Male erschien, fand sich in der „Fashionable Intelligence“ ein Paragraph: „Angekommene Notabilitäten, 3. April: General Grant und Stab und die Potomac-Armee überhaupt.“

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

New-York, 15. April. Präsident Lincoln wurde gestern in seiner Theaterloge erschossen, ist heute todt; Sekretär Seward und Sohn wurden in dem Krankenzimmer des Ersten verwundet; der Sohn ist todt, Seward sterbend. Die Mörder, zwei Brüder Booth, sind in Baltimore gefangen worden.

Bukovar, 25. April, 5 Uhr Nachmittags. (Agr. Ztg.) Mittags wüthete in unserer Stadt ein großer Brand; acht Häuser sind vernichtet, ein Kind wurde glücklich aus den Flammen gerettet.

Berlin, 25. April. (Fdbtt.) Prinz Adalbert begibt sich an der Spitze mehrerer hoher Stabs- und Marineoffiziere nach Kiel, um die dortigen Hafenverhältnisse in Augenschein zu nehmen. Bekanntlich stammt aus der Feder des Prinzen eine Schrift über den Kieler Hafen, in welcher dessen Untauglichkeit für einen Kriegshafen nachgewiesen wird. (Vielleicht wird sich Prinz Adalbert nochmals davon überzeugen, daß der Hafen für einen Kriegshafen ungeeignet sei, und der preussischen Regierung auf diese Weise sich ein Mittel zum Aufgeben ihres Planes bieten. Ann. der Ned.)

Berlin, 25. April. Die heutige „Nordb. Allg. Ztg.“ bestätigt die Nachricht, Preußen habe die Berufung der Volksvertretung der Herzogthümer beantragt, entweder nach dem 48er oder einem zwischen den deutschen Großmächten auf breiter Basis zu vereinbarenden Wahlgesetze. Zunächst seien die Finanzverhältnisse zu diskutieren, und zwar in Betreff der Kriegskosten, Pensionen aus dem frühern und letzten Kriege, die Entschädigungssumme für verschiedene Präbenden, der Auerkennniß der Staatsgläubiger vom ersten Kriege, der Rückzahlung der Augustenburg'schen Abfindungssumme nach Kopenhagen etc. — Preußen werde die Aufnahme Schleswigs in den Bund nie zulassen, so lange partikularistische Bestrebungen kein Aequivalent für die gemehrten Dienste zum Schutz des gemehrten Bundeslandes geben. Schleswig müßte sich daher allein verteidigen. Die preussische Politik scheine keine Besprechung, sondern fordere sie, um die Herzogthümer zu überzeugen, daß der Vorwurf der Selbstsucht unge-rechtfertigt sei.

Paris, 25. April. (Pr.) Der Kaiser beabsichtigt, aus Algier einen Basallenstaat unter der Leitung Abd-el-Kader's zu machen, während Mac Mahon darauf besteht, daß aus Algier ein Militärstaat gemacht werden müsse.

Paris, 25. April. Gestern um 3 Uhr Nachmittags fand sich ein Individuum fremder Nationalität bei der russischen Botschaft ein und verlangte den Sekretär des Botschafters zu sprechen. Kaum war dieser eingetreten, als man einen starken Lärm hörte und den Sekretär von fünf Dolchstichen durchbohrt in seinem Blute schwimmend fand. Der Thäter wurde, nachdem er noch zwei Personen verwundet hatte, in Folge des entstandenen Lärms festgehalten. Der Sekretär ist gestorben.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 26. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 40 Wagen und 8 Schiffe (60 Klafter) mit Holz, und 129 Meken Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Meken fl. —. — (Magazin-Preis fl. 3.81); Korn fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.50); Gerste fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.30); Hafer fl. —. — (Mg. Pr. fl. 1.77); Halbfucht fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.63); Heiden fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.77); Hirse fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.62); Anturug fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.75); Erdäpfel fl. 1.80 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4. — (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 3.70 (Mg. Pr. fl. —); Fisolten fl. 3.75 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfd. fr. 55, Schweineschmalz fr. 42; Speck, frisch fr. 33, detto geräuchert fr. 42; Butter fr. 55; Eier pr. Stück fr. 1 $\frac{1}{2}$; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21, Kalbfleisch fr. 20, Schweinefleisch fr. 23, Schöpfensfleisch fr. —; Hühner pr. Stück fr. 33, Tauben fr. 15; Hen pr. Ztr. fr. 85 bis fl. 1.10, Stroh fr. 65—75; Holz, hartes 30“, pr. Kst. fl. 8. —, detto weiches fl. 5.60; Wein (Mg. Pr.) rother pr. Eimer von 11 bis 15 fl., weißer von 12 bis 16 fl. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)